



THÜRINGEN LIBERAL

ZEITSCHRIFT DER FREIEN
DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
06 | 2008 JAHRGANG 6



Deutschland, deine Jugend!

Effektiv strafen – aber wie?



Europawahl 2009:
FDP-Abgeordneter
Holger Kraemer im
ThL-Interview



Neue Erbschaftssteuer,
alte Wirkung und die
Frage „Was hat man
wirklich davon?“



Pro und Contra
Studiengebühren:
Zwei Studenten –
zwei Meinungen



Verlässlichkeit und Vertrauen

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Parteifreunde,



Foto: Axel Heyder

der Name Ypsilanti ist zum Inbegriff für Wortbruch und Unwahrheit geworden. In den Augen vieler bestätigte die Wahllüge nur eines von vielen politischen Klischees. An der Pflege dieser Vorbehalte hat die Politik selbst beträchtlichen Anteil. Mal gibt es eine Mehrwertsteuerlüge, mal bezeichnet einer es als unfair, dass man nach der Wahl sich an die Versprechen vor der Wahl erinnere, siehe Müntefering. Andere bleiben an Stühlen kleben, behalten um jeden Preis Mandate und sichern sich Posten, ja ja – es gibt viele Vorbehalte, die man zuweilen für berechtigt halten könnte.

Diese Negativ-Beispiele allerdings werfen einen zu starken Schatten. Sie sind kein Merkmal der Politik, sie sind aber leider vorhanden. Politik ist nicht die Sache weniger „Ypsilantis.“ Politik ist vor allem Ehrenamtlichkeit, Fleiß und Einsatz vieler Freiwilliger und bedeutet letztlich die demokratische

Selbstverwaltung der Menschen. Wie gut tut es dann, wenn positive Beispiele Vertrauen zurückgeben. Dass die USA durch die Wahl Obamas plötzlich bei vielen Deutschen einen großen Sprung nach oben auf der persönlichen Bewertungsliste gemacht haben, ist so ein Beispiel.

Aber dafür muss kein historisches Weltereignis bemüht werden. Nehmen wir doch einfach Naheliegendes: Die Thüringer FDP. Sie ist Garant für Verlässlichkeit und Vertrauen. Uwe Barth MdB hat 2005 die Nachfolge von Dr. Karlheinz Gutmacher als Bundestagsabgeordneter angetreten. Sein von Anfang an formuliertes Ziel: Die FDP in den Thüringer Landtagswahlkampf führen. Man kann sich vorstellen, dass mancher Politiker 1.000 Gründe vorgetragen hätte, um ein solches Versprechen nicht einzuhalten. Uwe Barth aber tritt für die Landtagswahl an und nur für die

Landtagswahl. Er übernimmt persönliche Verantwortung und persönliche Haftung. Bei Misserfolg gibt es kein Aussitzen.

Genau das ist die klare Ansage an die Wähler: Auf so einen Politiker könnt Ihr Euch verlassen. Der lebt Verantwortung und Vertrauen vor und prustet diese nicht in Sonntagsreden heraus. Wenn Ihr Uwe Barth wählt, wählt Ihr Vertrauen und Verlässlichkeit. Und wenn Ihr Euch auf den Spitzenkandidaten verlassen könnt, dann könnt Ihr Euch auch auf die Mannschaft hinter ihm verlassen. Das wirkt mehr als 20.000 Plakate am Straßenrand.

Sehr herzliche Grüße

Patrick Kurth
Redaktionsleiter Thüringen Liberal

Landesparteitag der FDP Thüringen

Landesvorstandswahlen mit beeindruckenden Ergebnissen

Die Landesvorstandswahlen beim Landesparteitag 2008 bestätigte den Kurs der FDP-Spitze mit überragenden Ergebnissen: Landeschef Uwe Barth, erhielt nach einer kämpferischen Rede 97 Prozent. Damit stärkten die Thüringer ihrem designierten Spitzenkandidaten demonstrativ den Rücken.

Der Bundestagsabgeordnete steht den Thüringer Liberalen seit 2003 vor und sitzt seit 2005 im Bundestag. 2009 führt er die Liberalen in die Landtagswahl.

Neben Barth wurden auch Generalsekretär Patrick Kurth, Landesvize Franka Hitzing und Lutz Recknagel wiedergewählt.

Neuer Landesvize ist VLK-Chef Dirk Bergner. Ebenfalls wurden Landesschatzmeister Frank-André Thies sowie die bisherigen Beisitzer Heinz Untermann und Holger Joseph wiedergewählt. Neu im Vorstand sind Thomas L. Kemmerich, Marian Koppe und Sandra Scherf-Michel.

Im kommenden Jahr will die FDP bei allen Parlamentswahlen deutlich zulegen. Vor allem wollen die Liberalen auf Landesebene immens hinzugewinnen und eine rot-rote Regierung in Thüringen verhindern. Dabei setzt Barth auf die Mittelschicht. „Menschen, die morgens aufstehen“ fühlten sich nicht mehr gerecht behandelt, erklärte er. In Thüringen würden nur 50 Prozent der Menschen für 94 Prozent der Steuern aufkommen. Die Steuererhöhungspolitik der Bundesregierung sei unanständig. Sie belaste jene Steuerzahler, die soziale Gerechtigkeit erst bezahlbar machten.



Der Landesvorstand der Thüringer FDP – 2009 will man bei allen Parlamentswahlen deutlich zulegen.

Gegen das Vergessen

SED-Unrecht und Gegenwart

Die SED-Nachfolgepartei „Die Linke“ forciert seit Monaten eine Kampagne, um sich als lupenreine Demokraten zu profilieren. Bis weit hinein in das Spektrum etablierter demokratischer Parteien geht dieses Konzept auf und selbst Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) warnt vor einer „Dämonisierung der Linken“. Böhmer steht hier nur als Beispiel einer exponierten Persönlichkeit, die stellvertretend für das rätselhafte Verhalten von Teilen unserer demokratischen Gesellschaft, eigentlich gar keine Beziehung zu Postkommunisten, zu Linksextremisten, zu den gut versorgten Stasi-Rentnern und auch nicht zur Partei selbst haben. Wozu aber dieses Schönreden und Gesundbeten, frei nach dem Motto: Die Linke sei „eine ganz normale Partei – wie jede andere“. Das bedeutet einen nachträglichen Verrat an jenen, die unter Inkaufnahme größter Gefahren dem totalitären SED-Regime in der DDR Widerstand entgegengesetzten. Einzige Nutznießer sind die SED-Nachfolger selber, die permanent verweigern, sich mit der eigenen Vergangenheit wirklich ernsthaft auseinanderzusetzen.

Geschichts- sowie verantwortungsbewusste Demokraten werden die SED-Diktatur; Mauerbau, Schießbefehl, politische Unrechtsurteile und Stasi nicht vergessen. Was für die Kräfte der Linkspartei im Osten gilt, lässt sich auf jene im Westen übertragen. Die Kader der West-„Linken“ entstammen vor allem der DKP und der DFU sowie deren Tarnorganisationen, wie zum Beispiel die von der Fraktion ausgeschlossene, aber im Landtag verbliebene niedersächsische Abgeordnete Christel Wegner (DKP). Sie vertrat nach ihrer Wahl öffentlich die Meinung, dass ein Organ wie die Stasi der DDR in Zukunft eventuell „wieder gebraucht“ werde, und dass der Bau der Mauer als legitime Maßnahme der DDR zu rechtfertigen sei. „Es ist nicht vorbei“ sagte der Thüringer Bürgerrechtler, Lyriker und Prosa-Autor Jürgen Fuchs, der wohl zu den bekanntesten Gefangenen der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen zählte, 1998 und damit ein Jahr vor seinem Tod.

Wenn heute Politiker von Links sich die Stasi wieder wünschen, wenn Mauerbau und Schießbefehl salonfähig werden, dann behaupte keiner, Jürgen Fuchs habe uns nicht davor gewarnt!

Die Linkspartei behauptet, sich auf dem Boden des Grundgesetzes zu bewegen. Ihr Vorsitzender Lothar Bisky jedoch stellt reaktionär die „Systemfrage“ und ihr frisch gekürter Kandidat zum Bundespräsidenten Peter Sodann hält unsere Demokratie nicht für eine solche. Es ist unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat mit seinem Recht auf Meinungsfreiheit zu verdanken, dass Gregor Gysi im öffentlichen Rundfunk von paradiesischen



Verhältnissen in der DDR schwärmt und dort subventionierten Lebensmitteln und niedrigen Mieten nachtrauert sowie auf die „sozialen Leistungen“ im so genannten „real existierenden Sozialismus“ verweisen darf. Es war aber die SED mit ihrer Menschen missachtenden Ideologie, die die DDR bis zum Staatsbankrott heruntergewirtschaftet hat. In der SED Propaganda hieß das „überholen ohne einzuholen“ und zeigt damit die unglaubliche Diskrepanz zwischen populistischem Anspruch und der eigenen Wirklichkeit.

Gegen das Vergessen muss daher heißen, zu erkennen, dass das DDR-System von der Substanz gelebt und einen Teil Deutschlands zugrunde gerichtet hat. Die

Wirklichkeit in diesem Gewaltsystem zwischen verkrampfter Utopie und Mauerbau waren erbärmliche Arbeitsbedingungen in teils maroden Fabriken, Wohnungsnot bei unzumutbarer Bausubstanz, verkümmerte Mondlandschaften um Bitterfeld oder Uranabbau um Ronneburg. Sie reicht von der heute kaum noch vorstellbaren Verseuchung der Umwelt und Natur, über die jämmerlichen Altersrenten, bis hin zum miserablen Lebensstandard der Bevölkerung. Die Frage nach Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Reisefreiheit erübrigt sich, bei den unzähligen Inhaftierten, die für diese Rechte eintraten. Zutreffend ist, dass auch viele unproduktive Arbeitsplätze sicher waren. Doch um welchen Preis? Um den Preis der Abkoppelung der DDR-Misswirtschaft von der sich rasch entwickelnden Weltwirtschaft – bei Inkaufnahme des wirtschaftlichen Niedergangs.

Gleiches würde Deutschland blühen, folgte man den Plänen der SED-Nachfolgepartei „Die Linke“. Es reicht ihnen offensichtlich nicht, schon einmal eine komplette Volkswirtschaft in den Ruin getrieben zu haben. Es ist eine dreiste Zumutung, wenn diejenigen, die mit ihrer ruinösen Politik auf dem Rücken der DDR-Bevölkerung solche Zahlungen heute erst erforderlich gemacht haben, sich jetzt wieder anmaßen, den sozialen Lehrmeister zu spielen. Gegen das Vergessen heißt, dass nicht wieder der Ungeist um sich greift, der glauben machen will, ein allmächtiger, vorsorgender, wie versorgender Staat könne allen alles versprechen. Es ist jener unsägliche obrigkeitstaatliche Untertanengeist, der zum deutschen Sonderweg in der europäischen Geschichte führte und damit den Weg zu den beiden Diktaturen ebnete.

Dem gegenüber stehen die Werte der individuellen Freiheit, der Aufklärung und der Menschenwürde, denn keines der großen Probleme, vor denen die Menschheit des 21. Jahrhunderts steht – da ist die derzeitige globale Finanzkrise nur ein Beispiel – lassen sich mit Realitätsblindheit und scheinsozialem Populismus, wie von der Linkspartei propagiert und die nur Illusionen wecken, lösen. *pur*

Deutschland, deine Jugend!

Effektiv strafen – aber wie?

Deutschland hat ein Problem – die Gewaltbereitschaft Jugendlicher hierzulande nimmt kontinuierlich zu. Ohne jedoch die Problematik klein reden zu wollen, könnte man auch sagen, sie ist verstärkt in den Fokus öffentlicher Diskussionen gerückt. Ein Blick auf die Rahmenbedingungen zum Thema ergibt dazu folgendes Bild: Strafverfahren dauern lang, Richterstellen werden kontinuierlich abgebaut und geschlossene Heime für schwer kriminelle Jugendliche wurden abgeschafft. Antworten auf die nicht zu unterschätzende Problematik sind indes schnell gefunden. Besonders umstritten sind dabei die Ideen des konservativen Lagers: härtere Strafen, mehr Wegsperrungen, kurzzeitige Haftstrafen ohne Bewährung, Heraufsetzung der Höchststrafe auf 15 Jahre, Boot-Camps nach US-amerikanischen Vorbild, kein Jugendstrafrecht bei Heranwachsenden und eine Absenkung des Strafmündigkeitsalters.

All das wird nach Ansicht aller Experten jedoch wenig bringen. Vielmehr folgt es einem allgemeinen Trend hin zu härteren Strafen, ohne die Lage dabei kritisch zu analysieren. Die einzige Aufgabe des Jugendstrafvollzuges ist die soziale Erziehung des Jugendlichen. Nicht zuletzt aus diesem Grund wird auch der Jugend-Strafvollzug getrennt vom Erwachsenen-Strafvollzug durchgeführt. Die Kompetenzübertragung des Strafvollzuges auf die Länder im Jahre 2006 hat in der Folge einen regelrechten Wettbewerb der Schübigkeit und des Sparzwanges hervorgerufen. Derweil bleibt das soziale Lernen allerdings im Hintertreffen. Dazu muss man erst einmal den Hintergrund kriminellen Verhaltens erkennen: Frühstarter haben oft kein oder nur ein geringes Maß an sozialem Verhalten erlernt und zeigen schon im Kleinkindalter aggressive Tendenzen. Hier nachträglich eingzugreifen ist äußerst schwer; manchmal fast unmöglich. Speziell ausgebildetes Fachpersonal muss dafür sorgen, dass dieses soziale Erziehen nachgeholt wird. Hier müssen insoweit auch für Kinder Möglichkeiten gefunden werden und es müssen auch geschlossene Heime diskutabel sein. Normale Kinderheime sind an dieser Stel-

le eher suboptimal, dort mangelt es vor allem an speziell geschultem Personal.

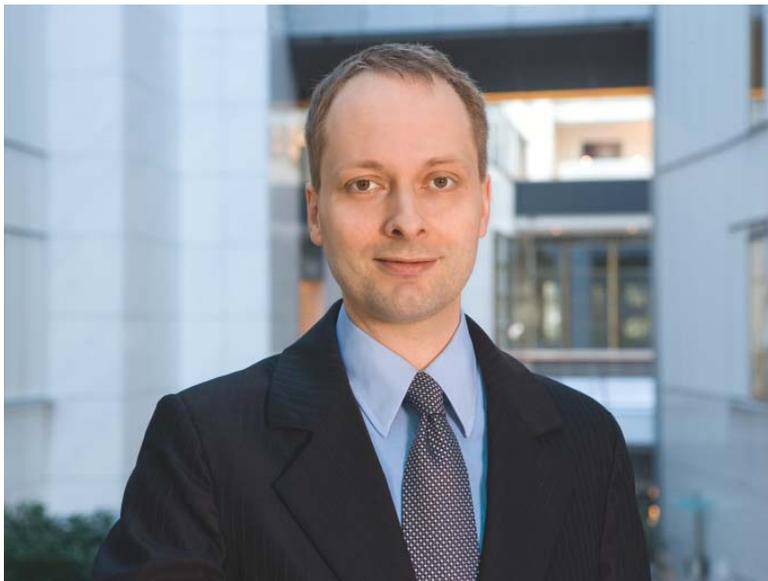
Bei der zweiten großen Gruppe der Jugendlichen liegt das Problem anders: Spätstarter haben diese grundlegenden sozialen Fertigkeiten, werden aber durch ihr Umfeld zu kriminell Verhalten verleitet. Wird bei ihnen schlagartig das soziale Umfeld geändert, ändert sich in den meisten Fällen auch die Tendenz zur Kriminalität elementar: Jugendliche Intensivtäter werden dort quasi von einem auf den anderen Tag lammfromm. Doch wer glaubt, dieses könne mit Arrest oder Jugendstrafe erreicht werden, der irrt: wenn man jugendliche Straftäter sich gegenseitig überlässt, ohne dass gezielt soziales Lernen durchgeführt wird, dann macht Knast krimineller.

Dieses Problem wurde bis jetzt kaum behandelt. Entgegen jeder konservativer „Logik“ ist insbesondere bei den Spätstartern die Frage, ob und wie hoch die Jugendstrafe verhängt wird eher sekundär: Jugendliche müssen vor allem aus dem sozialen Milieu herausgeholt werden – was heutzutage schon mit einigen ehrenamtlichen Engagements realisiert wird. So veranstaltet zum Beispiel die Sepp-Herberger-Stiftung des DFB nicht nur Fußballspiele in der Jugendvollzugsanstalt, sondern vermittelt auch Mitgliedschaften in Sportvereinen – wodurch sich das soziale Umfeld nach der Haftzeit zumindest teilweise verändert.

Auch der Warnschussarrest ist eher kritisch zu hinterfragen. Inwiefern funktioniert er überhaupt und was soll erreicht werden? Während die CDU die kurzfristige Jugendstrafe durchsetzen will, ist ein Warnschussarrest nur in ganz speziellen Fällen sinnvoll: wenn sich ein Jugendlicher in der Bewährungszeit „daneben benimmt“, eine Zurücknahme der Bewährung aber ungerechtfertigt wäre, ist ein Warnschussarrest sinnvoll, sofern dort stark auf das soziale Erziehen abgestellt wird.

Hauptaufgabe ist und muss weiterhin das soziale Lernen sein. Und dies muss nicht nur gesetzlich verankert werden – es muss auch umgesetzt werden! pag





Europawahl 2009

Abgeordneter Holger Kraemer im Interview

Am 7. Juni 2009 stehen die nächsten Wahlen für das Europäische Parlament an. Die Liberalen hatten 2004 nach zehnjähriger Abwesenheit den Sprung zurück ins Europaparlament geschafft. Seitdem kämpfen wieder sieben FDP-Abgeordnete in Brüssel und Straßburg für ein liberales Europa. Der einzige und erste ostdeutsche Liberale unter ihnen ist Holger Kraemer: Im Europäischen Parlament arbeitet der 38jährige Leipziger im Umweltausschuss und im Klimawandelausschuss. Zuletzt war er Fraktionsberichterstatter zu den Abgasnormen „Euro 5“ und „Euro 6“ und parlamentarischer Berichterstatter für die Luftqualitätsrichtlinie. Gegenwärtig betreut er die Richtlinie über Industrieemissionen.

Holger Kraemer bewirbt sich 2009 erneut um ein Mandat. Dabei unterstützen ihn alle ostdeutschen Landesverbände entschlossen als ihren gemeinsamen Spitzenkandidaten. Thüringen Liberal hat mit dem Europaabgeordneten gesprochen:

ThL: Viele Menschen verbinden die EU und das EU-Parlament immer noch vor allem mit überbordender Bürokratie. Wie entgegnen Sie solchen Vorurteilen?

Kraemer: Gar nicht! Wer eine EU will, die sich in Zukunft wieder auf ihre Kernaufgaben besinnt und weniger Bürokratie produziert, der muss FDP wählen.

ThL: Mit welchen Erwartungen sind Sie nach der Europawahl 2004 angetreten?

Kraemer: Offen gestanden war ich anfangs besorgt, als EU-Abgeordneter machtlos zu sein und mir wie Don Quichotte vorzukommen. Aber da habe ich mich geirrt: In der Umweltpolitik hat das Parlament Mitbestimmungsrecht und ich konnte inzwischen erstaunlich oft liberale Akzente setzen.

ThL: Wie kann man denn einer Chemikalienverordnung, einer Feinstaubrichtlinie oder einer Nährwertprofilverordnung einen liberalen Akzent geben?

Kraemer: Ich stehe bei jeder Vorlage unzählige Male an immer wieder den gleichen Weggabelungen: Gesetzlich regeln oder nicht? Vorschriften machen oder Anreize schaffen? Ideologisch Basta sagen oder nüchtern Aufwand und Nutzen gegeneinander abwägen? Ist Europa zuständig oder nicht? Das betrifft überflüssige Chemikalienregistrierungsschritte genauso wie gut gemeinte aber nutzlose Umweltzonen oder die Zensurierung von Werbeaussagen für Süßigkeiten – in dem Irrglauben, damit Fettleibigkeit bekämpfen zu können.

ThL: Sie sind oft mit ihrem Vortrag „Umwelt- und Verbraucherschutz in der EU – Von guten Absichten und schlechten Lösungen“ unterwegs.

Kraemer: Ja, das ist mein Angebot an die FDP-Kreisverbände, die JuLis, natürlich auch an Unis und Schulen, eine Europaveranstaltung zu organisieren – ich komme auch gern nach Thüringen!

ThL: Ihre Pläne für die zweite Legislatur?

Kraemer: Ich würde gerne bei der Umweltpolitik bleiben. Das ist die Zukunftsaufgabe und ein Politikfeld, das sich auf alle anderen Bereiche auswirkt. Hier allein den Ängstlichen das Feld zu überlassen, die mit dem Bauch statt dem Kopf denken, wäre schlecht für uns alle.

WIR MACHEN EUROPA BESSER

SEIT 2004 IST DIE FDP WIEDER IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT VERTRETEN. DIE SIEBEN LIBERALEN EUROPAPARLAMENTARIER HABEN BILANZ GEZOGEN ÜBER IHRE TÄTIGKEIT IN DEN VERGANGENEN VIER JAHREN. IN IHREM RECHENSCHAFTSBERICHT STELLEN SIE DIE ARBEIT IN IHREN AUSSCHÜSSEN VOR, REKAPITULIEREN WICHTIGE GRUNDSATZENTSCHEIDUNGEN, GEBEN AUSKUNFT ÜBER WAHLKREIS- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT SOWIE EINEN AUSBLICK AUF DAS, WAS SIE BIS UND NACH DER WAHL ERWARTET. DIESEN RECHENSCHAFTSBERICHT UND VIELE WEITERE ARTIKEL UND INFORMATIONEN FINDEN SIE UNTER WWW.FDP-IN-EUROPA.DE.



Gut gebrüllt, Löwe!

Neue Erbschaftssteuer mit alter Wirkung

Dass man sich mit der Teilenteignung von Hauseigentümern und Arbeitsplätzen keine Freunde bei bürgerlichen Wählern macht, hat eine ehemals große süddeutsche Volkspartei bitter erfahren müssen. Da musste dann eine Faust auf den Tisch hauen, um denen in Berlin mal so richtig zu zeigen, wie wichtig man ist. Horst, der Löwe spielt sich nun als Retter des Ererbten auf. Aber was hat man wirklich davon?

Das Häuschen soll steuerfrei übertragen werden, wenn es klein genug ist. Die Rede ist von höchstens 200 m². Wer also 220 m² bewohnt, sollte schnellstens einen Umbau planen. Vielleicht kann man den Wintergarten abreißen? Oder das alte Kinderzimmer, als Atelier genutzt seit diesem Volkshochschulkurs, in einen Wäschetrockenraum verwandeln? Das Gästeklo könnten wir eigentlich zumauern, oder? Wie viele Garagen darf die Nichtvilla eigentlich haben? Ganz dumm steht da, wer bescheiden genug ist, eine Wohnung im eigenen Mietshaus zu bewohnen: gleicher Wert, ungleiche Steuer.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Ballungsräumen ist offenbar nicht mehr gewünscht. Aber die Lösung ist in Sicht. Man kündige dem Mieter der Einliegerwohnung rechtzeitig vor dem eigenen Ableben. Niedlich auch die Vorstellung der Scheingroßfamilie, die die Professorenvilla in Jena zehn Jahre lang gemeinsam

bewohnt. Obgleich der Bruder eigentlich 200 km entfernt arbeitet, werden für den Kontrolleur des Finanzamtes noch Zahnbürste und Fernseher vorgehalten.

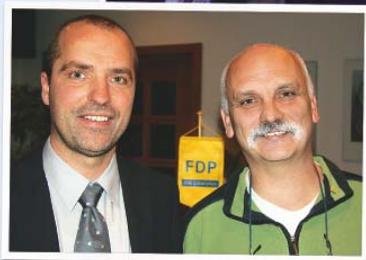
Charmant auch das Bild des Unternehmers, der nach dem Herzinfarkt krampfhaft Arbeitsplätze abbaut, um das Damoklesschwert zum Dolche schrumpfen zu lassen. Schließlich gilt nun das im Konjunkturzyklus atmende Unternehmen künftig als Insolvenzrisiko. Wer in der Krise steckt, dem gibt das Finanzamt den Rest. Gewerkschaften begeistern sich sicher für ausgedehnte Zeitarbeit und intensives Outsourcing zur Vermeidung des Steuerrisikos. Besonders spannend wird es sein, zwölfjährige Unfallwaisen zu beobachten, die sich als unternehmerische Naturtalente zu entwickeln haben. Die Belegschaft des Hightechunternehmens freut sich sicher über die neuen kulturellen Schwerpunkte des Sohns vom Chef. Der war immer schon so musikalisch. Andererseits kann die Konzertagentur ungemein vom Talent des promovierten Biologen profitieren. Da hat wohl jemand den Begriff des Familienunternehmens nicht ganz richtig verstanden. Man kann seine Kinder auch dadurch unglücklich machen, dass man ihnen den steueroptimalen Beruf aufdrängt.

Mittelstandspolitik darf nicht dadurch pervertiert werden, dass man das ohnehin komplizierteste Steuerrecht der Welt

noch komplizierter macht. Gut gemeint ist eben gerade nicht gut gemacht. Nur die Abschaffung der Erbschaftsteuer schafft Gerechtigkeit. Den Staat geht es nichts an, wie man sein Vermögen anlegt. Manchem Arbeitsplatz ist wohl eher gedient, wenn der Betrieb verkauft wird, statt über Jahre heruntergewirtschaftet zu werden. Und der Erbe darf nicht dafür bestraft werden, dass er den falschen Beruf hat oder ihn zu weit entfernt vom Elternhaus ausübt.

Man darf sich ernsthaft fragen, warum bereits versteuertes Vermögen nochmals versteuert werden soll. Ist bei Teilverstaatlichung des Kapitalstocks der Nutzen für die Volkswirtschaft höher, als wenn das Eigenkapital erhalten bleibt? Ist die Leistungsfähigkeit, nach der sich die Besteuerung hierzulande zu richten hat, höher, wenn jemand stirbt? Ist sie höher, wenn sich ein Nachfolger erst einarbeiten muss? Auch ist die Frage berechtigt, warum Vermögende in gar nicht so ferne und gar nicht so unattraktive Nachbarländer wie Österreich vertrieben werden, wo man die Erbschaftssteuer bereits abgeschafft hat. Die Abschaffung dieser Steuer sollte ernsthaft betrieben werden, der beste Weg dahin wäre ein Steuerwettbewerb der Länder, in deren alleinige Verantwortung die Erbschaftsteuer übertragen werden sollte. Wettbewerbsföderalismus nennt man das.

Lutz Recknagel



Breit gefächert und ein Spiegelbild Thüringens – das sind die FDP-Direktkandidaten für die Landtagswahl im Freistaat Thüringen 2009.

Stärke für das Wahljahr 2009 ausbauen

Kommunalwahl soll Vorlage für Landtagswahl geben

Die kommunale Stärke der Thüringer FDP gilt es im nächsten Jahr auszubauen. Bereits jetzt verfügen die Liberalen über circa 400 Mandatsträger und 50 Bürgermeister. Zu den Kommunalwahlen im Juni 2009 steht das Ziel, in alle Kreistage einzuziehen, in den Stadträten der kreisfreien Städte präsent zu sein und noch mehr Gemeinderäte zu erobern. Gerade über letzteres sollten sich Mitglieder und Kreisvorstände intensiv austauschen. Nach den Ergebnissen der letzten Wahl 2004 steht fest, dass wir in den Gemeinden ein sehr großes Potential haben. Dort, wo die FDP antrat, wurde sie in aller Regel gewählt. 86 Prozent der Antritte waren erfolgreich. Allerdings sind wir – angesichts dieser Ausbeute – in zu wenigen Gemeinden angetreten. Da ist noch Luft nach oben – sagt man so schön.

Die Kommunalwahl hat – neben ihrer großen Bedeutung vor Ort – immense landespolitische Bedeutung. Sie gibt gemeinsam mit der zeitgleich stattfindenden Europawahl den Startschuss für Landtags- und Bundestagswahlkampf. Landespolitisch erhalten die Urnengänge für Kommunal und Europa den Charakter einer Signalwahl. Wir können uns eine hervorragende Vorlage für den nur wenige Wochen später folgenden Landtagswahlkampf geben: wenn die Liberalen bei der Kommunalwahl beim Landesergebnis in Richtung 10 Prozent gehen, ist der Landtagswahlkampf mit einer optimalen Ausgangslage versehen. Dazu müssen wir allerdings prüfen, in wie fern Listenverbindungen bei den Wahlen für die Kreistage und die (kreisfreien) Stadträte nützlich sind. Denn die Ergebnisse der Listenverbindungen gehen in die Rechnung der Sonstigen ein, nicht aber auf das FDP-Landesergebnis. Darüber hinaus hat sich bewährt, die Listen so voll wie möglich zu machen. Auch Parteilose können grundsätzlich für die FDP kandidieren. Selbstverständlich aber entscheiden darüber die Kreisverbände vor Ort. pak

Studenten, Rechtsanwälte, Erwerbslose

Personelle Vorbereitungen auf das Superwahljahr

Seit Oktober wählen die Kreisverbände ihre Direktkandidaten für den Superwahlsommer 2009. Bislang wird eine Truppe sichtbar, die ein Spiegelbild Thüringens ist. Die ersten Kandidaten stellte der Kreisverband Saale-Orla-Kreis auf. Abgeschlossen ist die Wahl der Direktbewerber noch nicht. Aber schon jetzt ist klar: Auf die Kandidaten vor Ort kommt eine große Verantwortung zu, auf die sich auch der Landesverband stützt. Die Direktkandidaten sind es, die der FDP vor Ort ein Gesicht geben. Sie greifen für die Liberalen in Podiumsdiskussionen an, sind der regionale Ansprechpartner für die Wähler und präsentieren die FDP in den Lokalseiten. Letzteres ist sehr wichtig, um die FDP-Botschaften an die Bürger zu bringen. Denn Lokalseiten

haben einen hohen Verbreitungsgrad und damit viele Leser und können sich auf eine hohe Glaubwürdigkeit stützen.

Mit den bislang aufgestellten Direktkandidaten fügt sich eine gute Truppe zusammen. Vom Gewerkschafter und Betriebsratsvorsitzenden, über Angestellte, Studenten, Rechtsanwälte, Unternehmer und Selbständige. Auch Erwerbslose und Rentner wurden bislang als Direktbewerber gewählt. Mit einem 20jährigen Kandidaten in Suhl stellt die FDP den bislang jüngsten Landtagsbewerber. Ein breitgefächertes Personalangebot geht also an den Start. Angeführt wird das Team von Landeschef Uwe Barth. Der Bundestagsabgeordnete tritt 2009 für die Landtagswahl an. Sein Wahlkreis befindet sich in Jena. pak



Pro: Felix Rösel, 21, Student Uni Erfurt



Contra: Christin Held, 19, Studentin FH Erfurt

Pro und Contra Studiengebühren

Pro: Studiengebühren sind eine Frage der Gerechtigkeit

Bröckelnder Putz, überfüllte Hörsäle und Professorenexodus: Die Thüringer Hochschulen klagen seit Jahren über hohe Finanzierungsdefizite. Gerade die bauliche Substanz und Kapazität der Thüringer Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien haben vielerorts einen bedenklichen Zustand erreicht. Könnten hier sozial ausgewogene Studiengebühren ein Beitrag zur Lösung sein?

Als Liberale stehen wir für eigenverantwortliche Entscheidung und Verantwortung vor Ort. Es wäre nicht sinnvoll, wenn der Staat den Hochschulen Studienbeiträge vorschreibt. Genauso müssen wir aber fragen, ob es sinnvoll ist, dass der Staat den Hochschulen das Erheben von Gebühren verbietet. Die finanziellen Anforderungen unterscheiden sich von Ort zu Ort und Hochschule zu Hochschule. Warum also nicht den Hochschulen das Recht einräumen, selbst darüber zu entscheiden, ob und in welcher Höhe sie Studiengebühren erheben wollen? Das stärkt die Verantwortung für die Lehre vor Ort und sorgt für Wettbewerb um die besten Köpfe zwischen den Hochschulen.

Der Staat wird hierbei keineswegs aus seiner Verantwortung entlassen. Bedingung für die Einführung von Gebühren bleibt zwingend die Möglichkeit eines zinsfreien Studienkredites durch das Land. Dieser deckt die Semestergebühren der jeweiligen Hochschule für die Regelstudienzeit ab. Eine Maximalgrenze für Studienbeiträge, wie sie die JuLis Thüringen

fordern, halten die Gebühren auf einem fairen Niveau. Parallel sollen fleißige Studierende durch Stipendien oder durch das Erlassen der Gebühren belohnt werden können. Ausschlaggebend für die Entscheidung zum Studium wird damit allein die Leistung, nicht mehr der Geldbeutel der Eltern. Einkommensschwache wären deutlich besser gestellt als heute und Einkommensstarke trügen vermehrt zur Qualität der Hochschule bei. Es ist eben nicht fair, wenn die Krankenschwester die Ausbildung des künftigen Chefs durch ihre Steuern finanzieren muss. Richtig gestaltet sind Studiengebühren ein guter Beitrag zur Behebung der Bildungsmisere und zu mehr Gerechtigkeit. *Felix Rösel, Student Uni Erfurt*

Contra: Hochschulstandort durch fehlende Studiengebühren attraktiv

Der Hochschulstandort Thüringen hat einen großen Vorteil gegenüber seiner Konkurrenz: Es gibt keine Studiengebühren. Damit ist der Freistaat Thüringen attraktiv. Laut Umfrage sprechen sich fast 70 Prozent der 19 bis 24jährigen gegen Studiengebühren aus. Die Thüringer Universitäten und Fachhochschulen freut es: Seit andere Länder Studienbeiträge einführen, verzeichnet der Freistaat deutliche Studentenzuwächse. Im Wintersemester 2008/2009 gab es beachtliche 9.729 Studienanfänger – über fünf Prozent mehr als

im Vorjahr. Insgesamt studieren nun 50.481 junge Menschen in Thüringen. An diesem Ergebnis haben auch die fehlenden Gebühren einen Anteil.

Unsinnig ist das Argument, dass die anfallenden Gebühren nur zur Verbesserung der Hochschulen verwendet werden. Dies wird wohl nie umsetzbar sein. Die Staatskasse will immer ein Stück vom Kuchen abbekommen. Das beste Beispiel findet sich in Thüringen: Die pauschale Verwaltungsgebühr von 50 Euro pro Semester geht zur Hälfte an die Staatskasse. Und auch in anderen Hochschulen hat sich durch Studiengebühren nicht viel verändert. Oftmals streicht sogar der Staat Zuschüsse, wenn Studiengebühren erhoben werden. Die Gebühren kommen zwar an, aber dieselbe Summe wird vom Staat auf der anderen Seite wieder abgezogen.

Nicht zuletzt geht es um den sozialen Aspekt. Mehr denn je ist heute ein Hochschulstudium vom finanziellen Hintergrund der Eltern abhängig. Gibt es kein ordentliches Stipendiensystem – und das gibt es nicht – ist das Studium für viele eine sehr teure Angelegenheit. Das BAFÖG-System ist hierbei wenig hilfreich. Und auch diesen Aspekt blenden viele aus: Bereits jetzt – ohne Studiengebühren – haben Studenten weit weniger Lebensunterhalt zur Verfügung als beispielsweise ein Hartz-IV-Empfänger. Und noch einmal monatlich 100 Euro Mehrbelastung sind für viele nicht tragbar. Wer glaubt, man könne dies durch Ferien- oder Feierabendjobs kompensieren, kennt das heutige Studiumssystem schlecht. Das Bachelor- und Mastersystem lässt kaum noch Zeit für anderes, wenn man sein Studium nicht vernachlässigen und erfolgreich in der Regelstudienzeit abschließen will. *Christin Held, Studentin FH Erfurt*

Thüringen-Monitor

Deutliches Landesbewusstsein der Thüringer Jugend

Immer wieder interessant ist die Lektüre der jährlich erscheinenden Studie „Thüringen-Monitor“. Diese Publikation analysiert die Einstellungen der Thüringer Bevölkerung durch repräsentative Umfragen. Hier ein paar interessante Aspekte: Fühlen sich beispielsweise Thüringer Jugendliche auch als Thüringer? Dieses Landesbewusstsein der 18 bis 24jährigen ist deutlich angestiegen. Fast 20 Jahre nach der Wende sind die Jugendlichen sehr heimatverbunden und schätzen ihr Land Thüringen und die gesamte Bundesrepublik als zukunftssträchtigen Standort. „Ostdeutsch“ fühlen sie sich kaum noch. Der Trend geht dahin, dass sie sich zunehmend als Deutsche identifizieren. Hinzu kommt, dass knapp die Hälfte aller Befragten ihr Leben in Thüringen als gut empfinden, fast ein Drittel fühlen sich sogar sehr wohl im Freistaat.

Ein eher unerfreuliches Ergebnis liefert die Umfrage bei der Frage, ob Jugendliche ihre persönlichen beruflichen Chancen in Thüringen sehen. 42 Prozent stimmen dem nur teilweise zu, 23 Prozent hingegen sind nicht der Meinung, dass sie in Thüringen beruflich erfolgreich sein können. Diese Ansicht verändert sich zwar mit zunehmendem Alter; trotzdem sehen nur 42 Prozent der Befragten im Alter zwischen 35 und 59 Jahren ihre berufliche Zukunft im Freistaat Thüringen.

Ein weiterer sehr interessanter Aspekt ist die Frage nach den wichtigsten Werten im Leben der Thüringer: Gilt es „eigene Fähigkeiten zu entfalten“, hat man „Pflichtbewusstsein“ oder will man einfach nur „das Leben genießen“? Für 59 Prozent der jungen Thüringer ist es am wichtigsten die eigenen Fähigkeiten zu entfalten – sehr

modern und liberal also. Pflichtbewusstsein spielt eher eine untergeordnete Rolle, noch hinter dem Genuss des Lebens (36 Prozent). Das Leben genießen zu wollen, ist aber mehr ein „Privileg“ der jüngeren Menschen. Bei einem Vergleich mit den über 60jährigen kommen große Differenzen zum Vorschein. Denn für die älteren Thüringer ist das Pflichtbewusstsein der wichtigste Wert im Leben (62 Prozent). Die geringste Bedeutung hat hier im Gegensatz zu den 18 bis 24jährigen „das Leben zu genießen“.

In diesem Sinne freuen wir uns auf weitere interessante Umfragen des Thüringen-Monitors. Für alle Interessierten: die aktuelle Ausgabe des Thüringen-Monitor ist in der Parlamentsdokumentation auf der Webseite www.landtag.thueringen.de such- und abrufbar. *che*

Neues und nichts Altbackenes

Neuer Kreischef von Weimar im Interview

Weimars neuer FDP-Chef Dirk Heinze setzt sich für eine stärkere Verbindung von Wirtschaft und Kultur ein. Dazu kann er auf persönliches Fachwissen zurückgreifen. Heinze ist Kulturmanager und geschäftsführender Gesellschafter der Kulturmanagement Network GbR. Thüringen Liberal sprach mit Heinze.



Kreisvorsitzender Weimar
Dirk Heinze: *1970 in Leipzig,
Diplom-Kulturmanager, ledig

nalpolitik doch noch vergleichsweise wenige Menschen interessiert. Vor Ort wird unmittelbar deutlich, wer Politik konkret umsetzt: Wird eine Straße gebaut oder wie gestalten sich die Kindergartengebühren. Gemeinsam mit einem Team kann ich als Kreisvorsitzender mithelfen, konkrete Dinge für die Stadt umzusetzen.

ThL: Welche politischen Ziele haben Sie und Ihr Kreisverband?

Heinze: Wir sind der Überzeugung, dass Weimar mehr aus sich machen kann. In der nächsten Stadtratslegislatur möchten wir uns daher stärker auf die Verbindung von Wirtschaft, Kultur und Bildung konzentrieren. Im Dialog der einzelnen Akteure liegt für die Stadt der wahre Schlüssel für ihre Zukunftsfähigkeit. Die Nähe zum Bürger gewährleisten wir durch die neue Kreisgeschäftsstelle am Herderplatz.

ThL: Was wünschen Sie sich vom Landesverband Thüringen?

Heinze: Ich betone zunächst nicht, was der Landesverband für mich tun kann, son-

dern ich fühle mich mitverantwortlich dafür, dass die FDP Thüringen im nächsten Jahr erfolgreich ist. Natürlich ist es eine Hilfe, wenn Aktionen der Weimarer Liberalen durch die Landespolitik Unterstützung finden.

ThL: Welche landespolitischen Probleme sind zu beackern?

Heinze: Ich erhoffe mir die Entwicklung einer Kultur- und Kreativwirtschaft. Hier liegen wir derzeit im Vergleich zu anderen Bundesländern erschreckend zurück. Insbesondere junge Menschen brauchen Perspektiven in Thüringen. Die Abwanderung müssen wir stoppen.

ThL: Wirkt sich der „Barack-Obama-Kult“ auch auf Thüringen aus?

Heinze: Wir, die Liberalen, haben eine jugendliche Marke, wir sprechen mit Modernität viele junge und im Kopf jung gebliebene Wähler an, wir bieten was Neues und nichts Altbackenes. Unser Personalangebot ist entsprechend. Diesen Ansatz sollten wir für alle Wahlen 2009 nutzen.

Geschäftsstelle in Weimar

Ein schönes Ladenlokal ziert nunmehr als FDP-Kreisgeschäftsstelle die Innenstadt von Weimar – am Herderplatz haben die Liberalen in der Kulturhauptstadt ihr neues Hauptquartier. Zur Einweihung gaben sich Lokalpolitiker aller Parteien auf Einladung von FDP-Kreischef Dirk Heinze die Ehre. Und Thüringens Landeschef Uwe Barth MdB hatte ein besonderes Mitbringsel: „Vermeide jeder, so viel er kann, der Sklave einer fremden Bestimmung zu werden, und baue sein eigenes Schicksal.“ Dieses Zitat von Johann Gottfried von Herder markiere deutlich, wie gut die Ortswahl für die Geschäftsstelle sei.

Landeschef Barth bei Firmen unterwegs

Thüringens FDP-Landeschef Uwe Barth MdB besuchte mehrere Unternehmen im Freistaat. „Es geht uns darum, vor Ort zu sehen, wie es der mittelständischen Wirtschaft geht und wo die Probleme liegen“, sagte der FDP-Kreisvorsitzende Marian Koppe, der Barth in Saalfeld-Rudolstadt begleitet hat. Auf dem Besuchsprogramm dort standen unter anderem die Watzdor-



Uwe Barth, MdB, mit Vera Hohlfeld (2.v.r.) und Torsten Köhler-Hohlfeld (r.) bei der B&H Spedition.



Thomas L. Kemmerich und das Organisationsteam des Deutschen Mittelstandstages.

fer Brauerei, die Landfleischerei Rottenbach sowie die Firma Metalltechnik Müller in Koppes Heimatstadt Königsee.

Im Landkreis Gotha war Uwe Barth gemeinsam mit dem stellvertretenden FDP-Kreisvorsitzenden Thomas Reinhardt sowie dem Vorsitzenden des Ortsverbandes Waltershausen Torsten Köhler-Hohlfeld unterwegs. Dort besuchte er die beiden Unternehmen B&H Spedition und Multicar. Besonders die erheblichen Probleme durch Steuern und Abgaben wurden besprochen. So sind durch die geplante Mauterhöhung für die Firma B&H Spedition erhebliche Mehrbelastungen zu befürchten. Obwohl die Firma bereits in die Umrüstung der Fahrzeuge nach EU Abgasnorm investiert hat, werden nun auch diese Fahrzeuge entgegen vorangegangener Informationen anteilig zur Mauterhöhung herangezogen.

Gemeinsam mit den gastgebenden Parteifreunden zog Landeschef Uwe Barth am Ende der Besuchsserie eine positive Bilanz. „Wir haben starke Unternehmen vor Ort besucht, welche hervorragend aufgestellt sind. Die Bewältigung der Folgen aus der

Finanzkrise aber auch die dringende Änderung der Rahmenbedingungen sind im wesentlichen die Grundlage für den optimistischen Blick in die Zukunft.“, fasste Barth zusammen.

Deutscher Mittelstandstag in Erfurt

Der Deutsche Mittelstandstag des Liberalen Mittelstandes fand in diesem Jahr in Erfurt statt. Der Thüringer Landesvorsitzende des Verbandes, Thomas L. Kemmerich, freute sich über zahlreiche Gäste aus dem Bundesgebiet. Mit Experten und Mittelständlern wurden Themen um Gesundheitsfond, Kommunikationstrends oder Standortvorteile in den neuen Bundesländern erörtert.

Gesellschaftlicher Höhepunkt des Treffens war die ‚Liberaler Nacht‘ – Ein Ballabend mit fast 200 Gästen. „Ausgelassene Stimmung und ernste Gespräche, beides haben wir gut kombiniert“, so Kemmerich. Und: „Ein so jugendliches Publikum trifft man bei uns selten!“, bestätigten diverse Gäste konkurrierender Parteien.

GEBURTSTAGE UND NEUEINTRITTE

Thüringen Liberal gratuliert den Mitgliedern der FDP Thüringen ganz herzlich zum Geburtstag: Elenore Schönwetter (85), Helmut Offhaus (70), Carl-Ernst Schneider (70), Egon Mannestätter (70), Alfred Frank (70), Erhard Weiser (70), Dieter Kästner (65), Lothar Hechler (65), Rainer Sieber (65), Birgit Tyczka-Böhlke (65), Heide-Agnes Buschmann (65), Jürgen List (65), Jürgen Frank (65), Manfred Riede (65), Jochen Sauerbier (60), Gudrun Bechstedt (60), Wolfgang Rothe (60), Rita Gräbedüchel (60), Klaus Neubauer (60), Siegfried Pabst (60), Bernd Krause (60), Heide Bornkessel (50), Harald

Kunze (50), Jörg Hoberück (50), Ralf Konrad (50), Ralph Köberich (50), Monika Henning (50), Frank Martin (40), Mike Altermann (40), Torsten Siegel (40), Birgit Lange (40), Frank-André Thies (40), Stefan Eschenbach (40), Gunnar Wagenknecht (30), Matthias Übelhör (30).

Unsere herzlichen Glückwünsche gehen auch an die Geburtstagskinder Klaus Hesse, Rainer Rodekirchen, Margitta Poselt, Frank-Thomas Seyfarth, Volker Ortwig, Uwe Schwittich, Dr. Jürgen Bohn, Viola Schwedler, Holger Joseph, Marco Rudolph,

Kay Rösler, Thomas Nitzsche, Martin Recknagel. Alles Gute allen anderen fast 290 Geburtstagskindern, die in dieser Ausgabe aus Platzgründen leider nicht namentlich aufgeführt werden konnten.

Jüngste Eintritte in die FDP-Thüringen: Wir begrüßen Christian Radig, Dieter Marek, Bastian Michel, Enrico Eberhardt, Manuel Weigelt, Robert Gröger, Dr. Sascha Leese, Verena Fränzel, Robert Fränzel, Ramona Brüsch, Daniel Oelgardt, Sylvia Beyer, Adolf Hülsa, Attila Flöricke und Andreas Massopust ganz herzlich in der FDP Thüringen.

Lüge durch Wahrheit ersetzen

Neoliberalismus, Zeitgeist und Wahlkampf

„Neoliberalismus wird nur von Leuten als Schimpfwort genommen, die sich nicht mit den Ideen befassen haben, sondern polemisieren wollen. Denn anders als viele glauben, will der Neoliberalismus einen starken Staat, der klare Regeln aufstellt und sie auch durchsetzt. Neoliberalismus ist keine Verschwörung gegen die Menschen, um alles beherrschende Weltkonzerne zu schaffen. Er will gerade Monopole vermeiden.“ Das sagt Prof. Dr. Andreas Freytag, von der Uni Jena. Und weiter „Heute haben wir oft den Eindruck, der Staat sei sehr schwach. Das stimmt in gewisser Weise, weil er zu viele Aufgaben übernommen hat, die er in ihrer Masse nicht mehr bewältigen kann. Der Neoliberalismus fordert einen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben, wie die Wahrung von Eigentumsrechten und die Gewährleistung sozialer Sicherheit konzentriert und so an Stärke gewinnt“.

Das was Prof. Freytag über den Neoliberalismus sagte, wurde im Jahre 1938 auf einer Konferenz in Paris erarbeitet. An dieser Konferenz nahmen Friedrich von Hayek, Wilhelm Röpke, Walter Eucken und

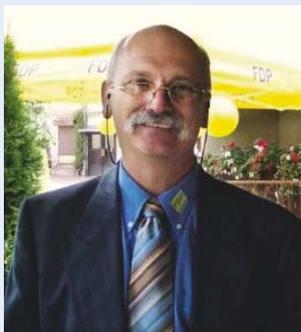
andere teil. Hier wurde der Neoliberalismus aus der Taufe gehoben. Denn die dort versammelten Wissenschaftler aus der ganzen Welt, hatten gemerkt, der Kapitalismus alter Prägung und der aufkommende Sozialismus würden in eine Sackgasse führen. Der Neoliberalismus sollte eine Neubelebung des Liberalismus in der Mitte des 20. Jahrhunderts werden. Der Grundsatz basiert auf dem wechselseitigen Zusammenhang von politischer und wirtschaftlicher Freiheit, sowie der Notwendigkeit eines Staates mit einer Rechtsordnung, die den Wettbewerb fördert und das Entstehen von privaten Machtpositionen sprich Monopolen zu verhindern sucht.

Mit Blick auf diese Aussagen kann ich ruhigen Gewissens sagen „Ich war und bin ein Neoliberaler“. Ich glaube, wir die Liberalen, sind nicht gegen den Staat. Sonst wären wir ja Anarchisten, sonst würden wir ja auch Monopole akzeptieren. Das Wesen des Wettbewerbs besteht aus Freiheit und Fairness. Das sind die klaren Grenzen, die die soziale Marktwirtschaft dem Kapitalismus setzt. Der Staat sollte nur wenige, aber sinnvolle Regeln aufstellen, sich nicht um Rauchverbote und DIN-Normen fürs Klopapier kümmern.

Der Finanzmarkt ist der am meisten überregulierte Bereich der deutschen Wirtschaft und steht unter Staatsaufsicht. Dennoch fingen die Probleme bei den Staatsbanken an, da hat der Staat versagt und nicht der Markt. Ich will den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkampf einen neoliberalen Staat vermitteln, der Ihnen Zukunftsperspektiven aufzeigt, der Bedürftigen hilft, der dem Bürger die Politik verständlicher macht. Durch unser liberales Bürgergeld werden Arbeitslosengeld II und andere Sozialleistungen zu einer Leistungseinheit gebündelt. Das Bürgergeld geht mit einer radikalen Steuer- und Krankenversicherungsreform einher und führt zu einem Transfersystem aus einem Guss. Das Bürgergeld schützt die Bedürftigen vor den Findigen und ist somit gerecht. Das Bürgergeld führt zur Absenkung der Lohnnebenkosten und entfaltet somit beschäftigungspolitische Impulse.

Auch im Sozialsystem haben die deutschen Bürger einen Anspruch auf für sie verständliche und nachvollziehbare Regelungen. Im sozialen Rechtsstaat sind Bürger in Notsituationen keine Bittsteller: Sie haben ein Recht darauf, zu wissen, welche Hilfen ihnen die staatliche Gemeinschaft anbietet und welche Pflichten von ihnen erwartet werden. Dazu kommt: Steuer- und Sozialsystem in Deutschland wirken leistungsfeindlich zusammen. Wenn ein Sozialtransferempfänger die Initiative zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Situation ergreift und eine auch schlecht entlohnte Tätigkeit aufnimmt, hat er oft trotzdem nicht mehr Geld zur Verfügung als vorher.

Der wirtschaftliche Aufschwung ist beim Mittelstand bis heute nicht angekommen, das müssen wir im kommenden Jahr ändern, darum möchte ich mit euch gemeinsam im Jahr 2009 in den Wahlkampf ziehen, um die FDP so stark wie möglich zu machen und um unsere politischen Ziele zu erreichen. *Eckhard Linke, Kreisvorsitz FDP-Saalfeld-Rudolstadt*



INFORMATIONEN ZUM AUTOR

Eckhard Linke, geboren am 26. September 1954 in Uhlstädt, ist Elektronikfacharbeiter und Betriebsratsvorsitzender. Der Gewerkschafter ist stellvertretender Kreisvorsitzender FDP Saalfeld-Rudolstadt, stellvertretender Ortsvorsitzender Saalfeld und Mitglied des Kreistages Saalfeld-Rudolstadt. Eckhard Linke tritt im Wahljahr 2009 erneut für die FDP als Landtagsdirektkandidat an.

IMPRESSUM · THÜRINGEN LIBERAL

Herausgeber • FDP Thüringen | Pressestelle
Tschakowskistraße 35
DE-99096 Erfurt
Telefon +49 361 3456482
Fax +49 361 3455924
pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de

Redaktionsleitung • Patrick Kurth | pak

Redaktion • Evelyn Zschächner | eve
Paul Gellner | pag
Klaus-Dieter Landgraf | kdl
Christin Held | che
Matthias Purdel | pur

Layout & Satz • RAUM II
Körnerstraße 56
DE-04107 Leipzig
Telefon +49 341 30326700
Fax +49 341 30326768
info@raum-zwei.com
www.raum-zwei.com

Erscheinung • „Thüringen Liberal“ erscheint 6 mal im Jahr als Beilage der 'elde' und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Die Auflage beträgt 3.000 Exemplare.
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.